

Vereinigung Industrieller Bauunternehmungen: 50 Jahre im Dienste der Bauindustrie Österreichs

Am Nachmittag des 14. Juni 1954 wurde im Rahmen einer konstituierenden Vollversammlung die Vereinigung Industrieller Bauunternehmungen Österreichs gegründet. Die Gründung der VIBÖ war der vorläufige Schlusspunkt einer langen und kontroversiellen Diskussion über die Frage einer adäquaten Standesvertretung für die österreichische Bauindustrie nach dem 2. Weltkrieg. Anlass für diese Diskussion war die im Zuge des Neuaufbaus der Wirtschaftskammer getroffene Entscheidung des damaligen designierten Kammerpräsidenten und späteren Bundeskanzlers Julius Raab, die gesamte Bauwirtschaft, also auch die Bauindustrie, in die Sektion Gewerbe einzugliedern und somit der Bundesinnung der Baugewerbe zuzuordnen.

Umstrittener Neuaufbau der Wirtschaftskammer nach 1945

Zuvor unterbreitete Vorschläge der Bauwirtschaft, eine eigene Sektion Bau zu errichten, in der Bauindustrie, Baugewerbe und Bauhilfsgewerbe vereint sein sollten, wurden von Raab ebenso wenig aufgegriffen wie der Vorschlag, einen eigenen Fachverband der Bauindustrie einzurichten. Für die Bauindustrie, die in der Zwischenkriegszeit in einem eigenen "Verband der Bauindustrie" (Unterverband des Fachverbandes der Bau- und Baumaterialienindustrie) und ab 1938 in der "Wirtschaftsgruppe Bauindustrie" organisiert war, war diese Neuordnung der Interessenvertretung nur schwer zu akzeptieren. Dies nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass die rund 35 Bauindustriee unternehmungen sich in der neuen Bundesinnung der Baugewerbe rund 4.000 Baugewerbetrieben gegenüberstehen und ihnen im höchsten Entscheidungs-

gremium der Bundesinnung, dem Bundesinnungsausschuss, lediglich 2 von 20 Stimmen zukamen.

Die Bauindustrie zog aus dieser für sie unbefriedigenden Situation sehr bald erste Konsequenzen und konstituierte am 18. Juni 1948 den sog. "Fachausschuss der Großbauunternehmen", der - als Teil der Bundesinnung - sich speziell um die bauindustriespezifischen Sachthemen (Arbeitsgemeinschaften, Gerätewesen etc.) kümmern sollte.

14. 6. 1954: Konstituierende Vollversammlung der VIBÖ

Fast genau 6 Jahre später, in denen der Fachausschuss der Großbauunternehmen zwar auf der Sachebene wichtige Arbeit leisten konnte (u.a. die Herausgabe des sog. "Arbeitsgemeinschafts-Einheitsvertrages" Anfang der 50er Jahre und die Vorbereitung der ersten Österreichischen Baugeräteleiste (ÖBGL 1955), jedoch bei bau- und standespolitischen Themen kaum Gehör fand, wurde beschlossen, sich möglichst weitgehend selbstständig zu machen und die VIBÖ als unabhängige, ausschließlich den Interessen der österreichischen Bauindustrie verpflichtete Plattform ins Leben zu rufen.

Namhafte Vertreter von 22 der ca. 35 im Fachausschuss der Großbauunternehmen vertretenen Bauindustriee unternehmungen fanden sich am 14. Juni 1954 im Sitzungssaal des Clubs der Österreichischen Kaufleute in der Reichsratsstraße im 1. Wiener Gemeindebezirk zusammen und konstituierten die VIBÖ als privatrechtlich organisierten Verein mit freiwilliger Mitgliedschaft. Als Sitz der VIBÖ wurde vorläufig das Büro des Fachausschusses der Großbauunternehmen in der Rathausstraße, 1010 Wien, festgelegt.

Weiters wurde in der konstituierenden Sitzung GD Dr. Ing. Draxlmayr von der Firma Universale einstimmig zum Präsidenten gewählt.



**Dr. Ing. Eduard Draxlmayr
VIBÖ-Präsident 1954-1966**

Exakt 12 Jahre, nämlich bis zum 14. Juni 1966, dauerte die Ära Draxlmayr, die in jeder Hinsicht vom Begriff "Aufbauarbeit" gekennzeichnet war.

Zum einen wurden vereinsintern die organisatorisch notwendigen Strukturen geschaffen und u.a. im Jahr 1960 eine eigene Geschäftsstelle in der Eschenbachgasse im 1. Bezirk eingerichtet.

Weiters wurden Kontakte mit allen relevanten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern aufgebaut und wichtige Verbindungen mit ausländischen Bauindustrie-Organisationen sowie mit der Industriellenvereinigung geknüpft.

Parallel dazu wurden die Bemühungen fortgesetzt, eine adäquate Bauindustrie-Interessenvertretung in der Wirtschaftskammer durchzusetzen,

jedoch zunächst ohne nennenswerten Erfolg.

Zentrale Aufgabenstellung der VIBÖ in dieser Zeit war es, "die Schlagkräftigkeit der Unternehmungen zu stärken und in einer verständnisvollen Zusammenarbeit einen planmäßigen Einsatz der österreichischen Bauunternehmungen bei den bevorstehenden Großbauvorhaben zu erzielen", wie GD Draxlmayr in seiner Antrittsrede nach seiner Wahl zum VIBÖ-Präsidenten hervorhob.

Ein wesentliches Instrument dieser gemeinsamen Aufbauarbeit waren die sog. Arbeitsgemeinschaften, die bis heute nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen europäischen Ländern von erheblicher Bedeutung sind. Diese temporäre, auf die Erfüllung eines einzelnen Bauauftrages gerichtete Kooperationsform gewährleistete einerseits die optimale Auslastung der damals sehr beschränkten maschinellen Kapazitäten und reduzierte andererseits sowohl auf Auftragnehmer- als auch auf Auftraggeberseite das bei Großprojekten nicht unerhebliche Ausführungsrisiko.

Damals wie heute ging bzw. geht es also bei Arge-Bildungen nicht um die Einschränkung des Wettbewerbs, sondern um die Nutzung technischer und wirtschaftlicher Synergieeffekte bei den Auftragnehmern, die mittelbar auch den Auftraggebern in Form günstigerer Baupreise zugute kommen.

Eine wichtige Voraussetzung für die effiziente und reibungsarme Zusammenarbeit im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften war und ist das Vorhandensein allgemein anerkannter rechtlicher Rahmenbedingungen (Vertragsmuster) sowie von standardisierten Verrechnungsgrundlagen (z.B. für die Geräteverrechnung), um nicht für jede Leistung eines Arge-Partners aufs Neue über eine adä-

quate Kostenverrechnung verhandeln zu müssen. Die Erstellung und Wartung dieser allgemein gültigen Standards wurde zweckmäßigerweise auf Verbandsebene unter Einbeziehung der Experten aus den Mitgliedsfirmen durchgeführt. Zu diesem Zweck wurden in der VIBÖ mehrere Fachausschüsse neu etabliert bzw. vom Fachausschuss der Großauf Firmen übernommen. Diese Fachausschüsse schufen die Vorläufer der auch heute noch gebräuchlichen Arge-Musterverträge sowie diverse standardisierte Verrechnungsgrundlagen, allem voran die Österreichische Baugeräte-



In der 13. VIBÖ-Vollversammlung am 14. Juni 1966 wurde GD Dkfm. Ernst F.J. Meißner von der Firma Hofman & Maculan zum neuen Präsidenten gewählt.



Dkfm. Ernst F.J. Meißner
VIBÖ-Präsident 1966-1983

Schon in der Antrittsrede machte Präsident Meißner klar, dass mit ihm eine neue Ära der VIBÖ beginnen würde: neben den Themenstellungen auf der Fachebene sollte sich die VIBÖ verstärkt auch den wirtschaftspolitischen Aufgaben widmen. Demgemäß wurde noch in der gleichen Sitzung ein eigener "Wirtschaftspolitischer Ausschuss" (mit

Meißner als Vorsitzenden) gegründet und diesem ein Pressereferat zur Seite gestellt.

Für die Öffentlichkeitsarbeit "nach außen" wurde der Pressedienst "bauindustrie-aktuell" eingerichtet, mit dem die Medien - in Ergänzung zu den Pressekonferenzen - regelmäßig mit Sachinformationen zu aktuellen Themen versorgt wurden.

Als wesentlicher Bestandteil der VIBÖ-Öffentlichkeitsarbeit wurde zudem auch die Kommunikation und Aufklärungsarbeit "nach innen", d.h. gegenüber den eigenen Mitgliedern intensiviert.

Das wichtigste Medium dieser Öffentlichkeitsarbeit "nach innen" war eine eigene Verbandszeitschrift, die erstmals im März 1970 - der damaligen primären Zielgruppe der eigenen Mitglieder Rechnung tragend - unter der Bezeichnung "bau-intern" erschien.

Zeitgleich wurde auch ein neues Verbandslogo, der sogenannte "VIBÖ-Bagger" kreiert. Dieser wurde als Verbandsmarke konzipiert, d.h. nicht nur die Vereinigung selbst, sondern auch alle Mitgliedsfirmen sollten das Zeichen führen (z.B. auf dem Briefkopf und auf Baustellentafeln), um die Verbandszugehörigkeit und die Geschlossenheit der Vereinigung zu dokumentieren.

Sowohl das VIBÖ-Logo als auch der Name der Verbandszeitschrift "bau-intern" sind bis heute in Verwendung, wengleich sich die Verbandszeitschrift mittlerweile nicht mehr nur "nach innen" an die eigenen Mitglieder, sondern auch an alle maßgeblichen externen Meinungs- und Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft richtet.

Das Grundkonzept der Zeitschrift ist aber das gleiche geblieben: mit Sach- und Hintergrundinformationen die

Standpunkte der Bauindustrie zu dokumentieren und Vorschläge der Bauindustrie zur Lösung anstehender Probleme am Bau aufzuzeigen.

**Verbandszeitschrift bau-intern:
Systematische Aufarbeitung
aktueller Bauthemen**

Dementsprechend breit gefächert waren die in den 70er und Anfang der 80er Jahren zu behandelnden Themen, die in "bau-intern" ihren medialen Niederschlag gefunden haben. Stellvertretend seien hier nur einige Highlights genannt:

- Baupreise im Zweilicht der Kritik (4/1970)
- Reform der Vergabepraxis (1/1972)
- Problematik der Straßenbaufinanzierung (9/1972)
- Der Generalunternehmer und seine Rechtsstellung (4/1975)
- Die Verflechtung der Bauwirtschaft mit der übrigen Wirtschaft (3/1976)
- Verrechnung von Wagnis und Gewinn (12/1976)
- Das Problem unzumutbarer Risiken (5/1979)
- Gedanken zu einem Vergabegesetz (9/1980)
- Die Flucht aus dem Budget (12/1980)
- Soll die Bauindustrie gesund schrumpfen? (1/1982)
- Bauen ist nie Selbstzweck (4/1983)
- Baubedarf: keine Sorge um die Zukunft (4/1983)

Schon diese kleine Auswahl an Themenstellungen verdeutlicht, dass die VIBÖ im Laufe der 70er Jahre darum bemüht war, systematisch alle baupolitisch bedeutsamen Themen anzugehen und aufzubereiten. Die Themenauswahl zeigt aber auch, dass sich die Grundprobleme der Bauwirtschaft bis heute wenig geändert haben. Zwar haben die Rahmenbedingungen und die Vorzeichen im Laufe der Jahrzehnte mehrfach gewechselt, die Aufgabenstellungen für eine Bau-Interessen-


vertretung sind jedoch bis heute grundsätzlich die gleichen geblieben.

**Gründung des Fachverbandes
der Bauindustrie im Jahr 1975**

In organisatorischer Hinsicht war die Ära Meißner durch die am 1. Jänner 1975 erfolgte Gründung des Fachverbandes der Bauindustrie als Teil der Wirtschaftskammer geprägt. Der Gründung des Fachverbandes ging ein jahrelanges zähes Ringen um die Realisierung voran, dementsprechend euphorisch wurde der Durchbruch in den Verhandlungen von der Bauindustrie aufgenommen.

Nach Implementierung des Fachverbandes wurde lange und intensiv über eine sinnvolle Rollenverteilung zwischen dem Fachverband und der VIBÖ diskutiert, wobei zeitweise sogar eine vollständige Überführung aller VIBÖ-Agenden in den Fachverband angedacht war.

Den (vorläufigen) Schlusstrich unter diese Diskussion setzte ein einstimmiger Grundsatzbeschluss in der 26. VIBÖ-Vollversammlung am 30. April 1980, in der eine funktionale Aufgabenteilung sowohl auf der Fachebene als auch auf der Führungsebene festgelegt wurde: Der Fachverband wurde schwerpunktmäßig mit der (vor 1975 von der Bundesinnung der Baugewerbe wahrgenommenen) Arbeitgeber- und Sozialpolitik betraut, die VIBÖ sollte sich als unabhängige und ausschließlich den Interessen der Bauindustrie verpflichtete Interessenvertretung weiterhin schwerpunktmäßig um die baupolitischen Themen kümmern.

Um die Kooperation zwischen dem Fachverband der Bauindustrie und der VIBÖ bestmöglich umsetzen zu können, wurde beschlossen, die Geschäftsstellen beider Verbände im gleichen Gebäude in der Engelsberggasse im 3. Wiener Gemeindebezirk einzurichten. 

Am 17. Mai 1983 wurde in der 30. VIBÖ-Vollversammlung Herr KR DI Helmuth Rendulic von der Firma Mayreder zum neuen VIBÖ-Präsidenten gewählt.



**KR Dipl.-Ing. Helmuth Rendulic
VIBÖ-Präsident 1983-1992**

Geprägt vom Gedanken eines strategischen Baumarketings, das die Bauindustrie weg von einer reinen Bereitschaftsindustrie hin zu einer aktiven Angebots- und Nachfragepolitik bringen sollte, setzte auch Rendulic - wie schon sein Vorgänger - auf eine forcierte und dennoch sachliche Öffentlichkeits- und Informationsarbeit.

Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stand die Kernthese, dass Bauen niemals Selbstzweck sein dürfe, sondern ausschließlich der Abdeckung von Grundbedürfnissen der Gesellschaft diene. Dementsprechend sollten von der VIBÖ keine reinen Beschäftigungsprogramme gefordert, sondern der vorhandene Baubedarf aufgezeigt und Vorschläge für dessen Umsetzung erarbeitet werden.

**Zahlreiche Veranstaltungen und
Studien in den 80er Jahren**

Ergänzend zu den bestehenden Instrumentarien wie Presseaussendungen, Pressekonferenzen und "bau-intern" initiierte Rendulic zahl-

reiche Enqueten, Symposien und Podiumsdiskussionen, bei denen regelmäßig auch eine dem Thema gewidmete Studie präsentiert wurde.

Die Enqueten bzw. die entsprechenden Studien beschäftigten sich mit folgenden Problemstellungen:

- Bauen hat Zukunft - Baubedarf 84-94 (6/1984)
- Bauen ist finanzierbar (6/1985)
- Wirtschaftsfaktor Bau (6/1986)
- Bauen für die Zukunft - Baubedarf 87-97 (6/1987)
- Die Bauindustrie im Dienste der "Neuen Bahn" (3/1988)
- Verkehrsinfrastruktur - Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften im internationalen Wettbewerb (6/1989)
- Bauen und Verkehr (6/1990)
- Wohnbau 2000 (4/1991)
- Osteuropa - Herausforderung und Verantwortung (6/1991)

Die Studien zu den Enqueten setzten neue, richtungsweisende Akzente in der Bauwirtschaftspolitik und genießen in ihren Grundaussagen auch heute noch hohe Aktualität. Insbesondere die Baubedarfs- und Finanzierungsstudien waren Meilensteine auf dem Weg zu einer modernen, am Baubedarf orientierten Infrastrukturpolitik. Viele der Erkenntnisse, die damals gewonnen wurden (z.B. die Notwendigkeit eines Generalverkehrsplans oder die Forderung nach budgetunabhängigen, nutzerfinanzierten Verrechnungskreisen für die öffentliche Infrastruktur) sind erst lange danach umgesetzt worden: eine späte Genugtuung für die damaligen Repräsentanten der VIBÖ, die seinerzeit vereinzelt noch als "Visionäre" milde belächelt wurden.

Chancen und Potenziale der Ostöffnung

Besonderes Augenmerk wurde Anfang der 90er Jahre auch auf die Perspektiven für die Bauindustrie durch

die im Jahr 1989 vollzogene Ostöffnung gelegt und damit frühzeitig das Bewusstsein der Mitglieder für die enormen Nachfragepotentiale in den MOEL geweckt. Die ausgezeichnete Positionierung einiger österreichischer Bauindustrienternehmen in unseren östlichen Nachbarländern ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass die VIBÖ schon sehr früh begonnen hat, Kontakte Richtung Osten zu knüpfen und zu vermitteln.

Bewusstseinswandel in der Umweltpolitik

Die Ära Rendulic war auch von einem Bewusstseinswandel in der Gesellschaft hinsichtlich der Umweltpolitik geprägt. Motiviert durch die Geschehnisse in der Hainburger Au im Dezember 1984 wurde die Bauwirtschaft pauschal und undifferenziert als "Betonierer" und "Landschaftszerstörer" titulierte, vielfach wurde der Ruf nach generellen Baustopps laut.

Die VIBÖ hat auch in dieser schwierigen Situation versucht, sachlich zu bleiben und immer wieder klargestellt, dass es nicht darum gehe, gegen die Natur zu bauen, sondern einen sinnvollen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den Gesetzmäßigkeiten der Natur zu finden. Zur Untermauerung dieser These wurde u.a. im Jahr 1987 gemeinsam mit dem Fachverband der Bauindustrie die Broschüre "Umwelt und Bau" herausgegeben, die den Beitrag der Bauwirtschaft zur Gestaltung einer lebenswerten Umwelt eindrucksvoll dokumentierte und in der Öffentlichkeit viel Beachtung fand.

Das Umweltthema als "Querschnittmaterie" mit rechtlichen, technischen und politischen Aspekten war in der 2. Hälfte der 80er Jahre auch auf der Fachebene omnipräsent und trug wesentlich dazu bei, die Arbeit in den Fachausschüssen verstärkt projektbezogen zu organisieren. Da Themen

wie Abfallwirtschaft, Altlastensanierung, Baustoffrecycling, Umweltverträglichkeitsprüfung und Umweltaftung nur im Rahmen einer fachübergreifenden Gesamtschau aufbereitet werden konnten, intensivierte sich zwangsläufig auch die Kooperation der einzelnen Fachausschüsse, ungeachtet der Zugehörigkeit zum Fachverband der Bauindustrie oder zur VIBÖ. Dementsprechend wurden bereits damals Stimmen laut, die für eine generelle Konzentration aller Fachausschüsse in einer Organisation plädierten - eine Idee, die nach reiflicher Überlegung im Vorjahr im Zuge der Neustrukturierung der Bauverbände in die Tat umgesetzt wurde.

Vorerst blieb es aber bei einer sehr intensiven und konstruktiven Kooperation zwischen Fachverband und VIBÖ, die sich durch die im Oktober 1991 erfolgte gemeinsame Übersiedlung der beiden Geschäftsstellen in das Haus der Bauindustrie in der Karls gasse 5, 1040 Wien, weiter festigte.

Anfang Februar 1992 verstarb Präsident Rendulic nach langer schwerer Krankheit.



Die Geschäftsführer der VIBÖ von 1954 bis heute

Ab Gründung der VIBÖ war Herr Paul **Gabriel** ihr Geschäftsführer, ihm folgte ab März 1960 DDr. Hermann **Nassé** und ab Dezember 1962 Dr. Fritz **Hauswirth**. Ab Jänner 1975 führte Herr Dr. Viktor **Vodnyansky** die Geschäfte der Vereinigung. Im Dezember 1991 wurde die Herren Dr. Hans **Gölles** und Mag. Michael **Steibl** als Geschäftsführer bestellt. Ab Oktober 2002 bis Jahresbeginn 2004 folgte Mag. Christian **Haunold** Herrn Dr. Gölles nach. Seit 2004 ist Mag. Michael **Steibl** alleiniger Geschäftsführer der VIBÖ.

Am 17.2.1992 wurde in der 199. VIBÖ-Vorstandssitzung der langjährige Vizepräsident der VIBÖ, GD DI Horst Pöchhacker von der Firma Porr, zum neuen Präsidenten gewählt.



Dipl.-Ing. Horst Pöchhacker
VIBÖ-Präsident seit 1992

In Fortsetzung der in der Ära Rendulic begonnenen Serie von Enqueten und Symposien war die Öffentlichkeitsarbeit der VIBÖ in der ersten Hälfte der 90er Jahre durch mehrere Veranstaltungen geprägt, die weit über die Bauwirtschaft hinaus Beachtung fanden:

- Privatwirtschaftliche Finanzierungsmodelle (9/1992)
- Wohnbau aktuell (10/1992)
- Wie lösen wir unsere Umweltprobleme? (6/1993)
- Hat die Wasserkraft in Österreich noch Zukunft? (11/1993)
- Bauskandale - Dichtung und Wahrheit (5/1994)
- Neue Wege für die Infrastruktur der Zukunft (11/1994)
- Privatisierung in Österreich (5/1995)
- Wohnbaukosten - Wohnbaupreise (2/1996)

Vor allem die Enquete über die Privatwirtschaftlichen Finanzierungsmodelle war ein Meilenstein in der damals noch jungen Diskussion über PPP-Modelle: der damalige Wirtschaftsminister Dr. Schüssel kam im

Zuge der Veranstaltung mit Verkehrsminister Dr. Klima überein, sowohl im Bundeshochbau als auch im hochrangigen Verkehrswegebau privatwirtschaftliche bzw. nutzerfinanzierte Elemente zu verankern.

Im Bereich des Bundeshochbaus wurde diese Absichtserklärung mit Gründung der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) noch im gleichen Jahr umgesetzt. Im Verkehrswegebau wurden in den 90er Jahren einige Pilot-Versuche für PPP-Modelle gestartet, letztlich aber wieder verworfen. Ein tatsächlich realisiertes österreichisches Referenzprojekt für eine Verkehrsstrecke fehlt zwar nach wie vor, ist aber mit der Vorbereitung des PPP-Projektes „Ostregion“ (A5, S1 und S2) in greifbare Nähe gerückt.

Bekämpfung der Bau-Skandalisierungskampagne

Besonders gefordert wurde die VIBÖ in den 90er Jahren durch die diversen Skandalisierungskampagnen, die - regelmäßig von einzelnen Oppositionspolitikern losgetreten - zunächst nur punktuell, ab 1998 massiv gegen die gesamte Bauwirtschaft gerichtet wurden. Insbesondere gegenüber den Medien, aber auch gegenüber vielen politischen Entscheidungsträgern bedurfte es erheblicher Anstrengungen, um eine Versachlichung der Debatte zu erreichen und die Haltlosigkeit der pauschalen Vorwürfe flächendeckend überhöhter Baupreise nachzuweisen. Mit Hilfe mehrerer von der VIBÖ initiiert Gutachten und einer Reihe eigener Beweisführungen ist es letztlich gelungen, eine dauerhafte Stigmatisierung der ganzen Branche infolge punktueller Verfehlungen Einzelner hintanzuhalten.

Verrechtlichung des Vergabewesens ab 1994

Ein weiterer Schwerpunkt der VIBÖ-Aktivitäten in den 90er Jahren war die

im Zuge des EWR- und EU-Beitritts erfolgte Verrechtlichung des Vergabewesens. Mit 3 Vergabegesetzen und 5 Novellen allein auf Bundesebene innerhalb des Zeitraums von 1993 bis 2002 sowie einer wahren Flut von landesrechtlichen Vergaberegelungen war dieser Rechtsbereich einem permanenten Wandel unterworfen, der auch heute noch nicht abgeschlossen ist.

Zum einen hat die VIBÖ mit mehreren „Vergabe-Broschüren“ versucht, den eigenen Mitgliedern, aber auch den ausschreibenden Stellen der öffentlichen Verwaltung einen Überblick über die noch neue und sehr komplexe Rechtsmaterie zu verschaffen. Zum anderen wurden die in den Mitgliedsunternehmungen gewonnenen Erfahrungen mit den neuen Regelwerken laufend intensiv diskutiert und Vorschläge für praxisergebnisgerechte Verbesserungen ausgearbeitet.

Baubedarf und Infrastruktur: Investitionsoffensive ab 2003

Die ersten Jahre des laufenden Jahrzehnts waren durch eine intensive politische Auseinandersetzung mit dem Thema Infrastruktur (im weitesten Sinne) gekennzeichnet.

Das fortschreitende Auseinanderdriften des vorhandenen Baubedarfs auf der einen Seite und der tatsächlichen Baunachfrage auf der anderen Seite hatte in den vorangegangenen eineinhalb Jahrzehnten (seit Aufhebung der MÖST-Zweckbindung im Jahr 1986) einen gewaltigen Investitionsrückstau produziert. Für den Bereich der hochrangigen Verkehrsinfrastruktur wurde dieser Rückstau im Generalverkehrsplan Österreich 2002 dokumentiert, wobei die umfassende Gesamtschau aller im Verkehrsbereich notwendigen Ausbaumaßnahmen erst durch die - von der VIBÖ jahrelang geforderte und im April 2000 umgesetzte - Zusammen-

führung aller Verkehrskompetenzen im Verkehrsministerium möglich wurde.

Mit Hilfe der von der VIBÖ massiv unterstützten Einführung der fahrleistungsabhängigen LKW-Maut ab 2004 ist es schlussendlich gelungen, zumindest im Bereich Straße eine ausreichende Finanzierungsbasis zu schaffen, um den Investitionsrückstau im Laufe des nächsten Jahrzehnts zu beseitigen und nachhaltige Wachstumsimpulse für den Wirtschaftsstandort Österreich sicherzustellen.

Neuordnung der Verbandsstrukturen ab 2003

Ende 2002 wurde von der VIBÖ-Vollversammlung eine Neuordnung der Verbandsstrukturen und die Zu-

sammenführung der Fachebenen von Fachverband der Bauindustrie und VIBÖ beim Fachverband beschlossen. Weiters wurde eine Assoziierung, d.h. eine intensive organisatorische und inhaltliche Kooperation zwischen VIBÖ und Industriellenvereinigung und die Übersiedlung der VIBÖ-Geschäftsstelle von der Karlsgasse an den Schwarzenbergplatz eingeleitet.

Im Frühjahr 2003 wurde zudem vom Fachverbandsausschuss beschlossen, den Fachverband der Bauindustrie und die Bundesinnung der Bauwerke künftig im Rahmen einer gemeinsamen „Geschäftsstelle Bau“ zu betreuen. Der Sitz der gemeinsamen Geschäftsstelle ist (vorläufig) in der Münzgasse im 3. Wiener Gemeindebezirk, ab Herbst 2004 in der Schaumburgergasse im 4. Bezirk.

Die Beschlüsse der Führungsgremien von VIBÖ und Fachverband wurden noch im Vorjahr vollständig umgesetzt, sodass nunmehr folgende Aufgabenteilung zwischen den Bauverbänden gilt:

- Die Geschäftsstelle Bau ist für die Betreuung sämtlicher Fachaktivitäten des Baugewerbes und der Bauindustrie (Fachausschüsse, Arbeitskreise usw.) zuständig, ebenso für die Arbeitgeber- und Sozialpolitik.
- Die VIBÖ bleibt als rechtlich selbständige und unabhängige Lobbying-Organisation ausschließlich den Interessen der Bauindustrie verpflichtet, und ist für die baupolitischen Aktivitäten der Bauindustrie zuständig.

Nähere Details sind dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.

